

Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen, die im Iran
- 2 leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet werden. Wir
- 3 solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz aller
- 4 Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.

- 5 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger*innen-Bewegung stehen national wie
- 6 international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-Aktivist*innen
- 7 und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und
- 8 Bürger*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem Westen“ noch
- 9 „dem
- 10 Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieft.

- 10 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch das Regime entschieden. Die
- 11 Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie im
- 12 Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger*innen- und Frauenrechte
- 13 systematisch missachtet und verletzt.

- 14 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd*innen, Balutsch*innen,
- 15 Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen
- 16 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere sexuelle
- 17 Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und sogar dem
- 18 Tod ausgesetzt.

- 19 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten, schikaniert
- 20 und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige Gefängnisstrafen
- 21 und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der Amtsübernahme des
- 22 iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi ist die Verfolgung von Frauen durch die sogenannte
- 23 Moralpolizei weiter verschärft worden.

- 24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von
- 25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat allerdings schlicht
- 26 ignoriert. Journalist*innen, Regierungskritiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und
- 27 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne faire
- 28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter und
- 29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen vorenthalten.

- 30 Seit den Protesten von 2019 haben die Justizbehörden des Regimes den Preis für friedlichen
- 31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger*innen und -

32 aktiv*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende Missbräuche durch
33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von November
2019
34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut eines
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer, Frauen
und
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden. Dadurch

37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen, Mitgliedschaft in
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien erzwungen
worden.
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich während der
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und
41 hingerichtet.

42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von
43 Menschenrechtsverteidiger*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen, LGBTQI,
44 Journalist*innen, Umweltaktivist*innen, anders Denkenden und Oppositionellen einzustellen.

45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Einhaltung der
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der Bundesregierung,
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das EU-
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes Iran des
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im Asylverfahren zu
50 nehmen, ist folgerichtig.

51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in den
52 Iran für dringend geboten.

53 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in
54 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden kommen
55 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie sehen
56 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass die
57 dreijährige Einreisesperre für diesen Personenkreis aufgehoben wird.

58 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften, bei
59 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,
60 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.

61 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die nach
62 Deutschland geflohenen Iraner*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein Bleiberecht oder
63 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem wollen wir,
64 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte
65 Menschenrechtsverteidiger*innen erteilt werden.

66 Auch in Deutschland versucht das Regime, seine Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen.
67 Durch Ausspähung, Einschüchterung, Überwachung, Hacks und wie im Falle des Terroranschlags

68 im Berliner Restaurant „Mykonos“ sogar bis zur Ermordung von Oppositionellen. Wir stehen den
69 Opfern dieser Aktivitäten zur Seite und werden unseren Beitrag leisten, um diesem Treiben
70 ein Ende zu setzen.

71 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU und
72 gemeinsam mit internationalen Partner*innen zusammenarbeitet, um der iranischen
Bevölkerung
73 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu produzieren,
74 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe Beamte
des
75 iranischen Regimes müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft
76 gezogen werden. Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für

77 eine Ausweitung von personenbezogenen EU-Sanktionen, also von Einreisesperren und das
78 Einfrieren von Vermögenswerten, ein. Wir prüfen gemeinsam mit unseren internationalen
79 Partnern die Einstufung der für die Gewalt im Iran hauptsächlich verantwortlichen Gruppen
80 der Revolutionsgarden (IRGC) und der Milizen der Basidsch als Terrororganisationen. Diese
81 finanzieren und unterstützen aktiv Terrorgruppen in der Region und bringen dadurch Leid über
82 die Menschen, nicht nur im Iran, sondern auch in Libanon, Syrien, Jemen und Irak. Wir werden
83 unseren Beitrag leisten, ihnen dabei das Handwerk zu legen.

84 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und die
85 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,
86 Menschenrechtsverteidiger*innen und LGTIQ-Aktivist*innen. Auch die Abschaffung inhumaner
87 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die Behandlung
88 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der
89 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 sind überfällig.
90 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen Strafprozessordnung
91 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine
92 Verteidiger*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren im
93 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.

94 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran
95 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen
96 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.

97 Die Menschen im Iran gehen für ein Leben in Gleichberechtigung, Demokratie und Freiheit und
98 gegen die systematische Unterdrückung durch das Regime auf die Strasse. In diesem Kampf
99 werden wir ihnen mit aller Kraft beistehen.